



**Schneller, höher, größer**

Flugzeugbauer und Airlines haben auf das falsche Pferd gesetzt. Seite 9

Foto: imago/foto2press

**Herr im Haus**

Mit der Besetzung der Berliner Volksbühne wird die Kritik mal konkret. Seite 15

**Kurdisches Plebiszit**

Irakisch-Kurdistan will per Urne zur Unabhängigkeit. Seite 5

Foto: AFP/Safin Hamed

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 25. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 224

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



## STANDPUNKT

### Weit nach rechts

Wolfgang Hübner über eine äußerst fatale Bundestagswahl

Was am Wahlsonntag in Deutschland stattgefunden hat, war ein hammerharter Rechtsruck. Verglichen mit der Bundestagswahl 2013 sind die Parteien auf der konservativen bis rechtsradikalen Flanke in der Summe deutlich stärker geworden; dagegen hat das Lager der Parteien, die man im weiteren Sinne zur Linken rechnen kann, spürbar verloren.

Dieser Rechtsruck wird Folgen haben. Denn egal, in welcher Konstellation die nächsten vier Jahre regiert wird: Eine erstarkte wirtschaftsliberale FDP, viel mehr aber noch eine AfD, die reihenweise Rechtsextremisten auf den Listen hatte und sie nun ins Parlament schickt, werden den politischen Diskurs verschieben. Im Reichstag wird wieder Nazideutsch gesprochen werden, wie man es schon aus dem einen oder anderen Landtag kennt. Die Frage ist, ob die anderen Fraktionen allesamt die Kraft haben werden, sich vier Jahre lang dem populistischen Druck zu widersetzen und nicht den Stichworten der AfD nachzulaufen. Und nicht der Versuchung nach kollegialer Normalität oder sogar taktischen Spielchen mit den Rechten nachzugeben. Darauf, dass die Rechtsaußen-Partei sich wie die Piraten fast von selbst in Luft auflöst, sollte sich niemand verlassen.

Vor allem die SPD, aber auch LINKE und Grüne werden sich fragen müssen, warum sie dem Rechtstrend so wenig entgegenzusetzen haben. Weshalb sie nicht annähernd in ausreichendem Maße als Regierungsalternative angesehen werden. Und wie sie das – auch im Zuge der nun dringend nötigen Klärungsprozesse in der SPD – ändern können.

## UNTEN LINKS

Wenn Sie dieses wertvolle Stück Papier in den Händen halten, haben Sie – haben wir alle – es überstanden. Auf den Facebook-Timelines kehrt deutschlandweit Ruhe ein. Wir können uns wieder genüsslich der herrlich weltabgewandten Melange aus Work-Life-Balance-Artikeln und Katzenvidéos widmen und so lange nach unten scrollen, bis wir Facebook einmal durchgespielt haben. Das Beste daran wird sein, dass wir ohne eine einzige Wahlvollzugsmeldung auskommen werden. Am konsequentesten hat es wie immer die »Bild«-Zeitung gemacht, die die vier zurechnungsfähigsten Deutschen gefunden hat, damit die um 11.18 Uhr im »Live-Ticker« herausposaunen, was keiner wissen will: Thomas Middelhoff wählt FDP, Jimi Blue Ochsene knecht, Jupp Heynckes und Fabian Hambüchen wählen CDU. Eine ausgewogene Mischung, die den unentschiedenen WählerInnen da präsentiert wurde. Aber nicht erst seit Gerhard Schröder wissen wir, wen man zum Regieren auf seiner Seite haben muss. cod



Foto: dpa/Kay Nietfeld

## Die SPD gewinnt: Einsicht

Sozialdemokraten gehen in die Opposition / Union verliert stark / AfD bläst zur Jagd

Von Markus Drescher und Tom Strohschneider

»Heute ist ein schwerer und ein bitterer Tag für die deutsche Sozialdemokratie.« Diesen Satz musste am Sonntagabend der Spitzenkandidat und Parteivorsitzende der SPD aufpassen. Martin Schulz hat das Duell gegen Kanzlerin Angela Merkel verloren, nur mit Ach und Krach ist die Sozialdemokratie über die 20-Prozent-Marke gekommen, fuhr das schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl ein, gelangte aber offenbar schnell zu einer Einsicht. So kann es mit der Partei nicht weitergehen – und ihr Weg nun nur in die Opposition führen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Ergebnisses kündigten führende Sozialdemokraten an, dass die SPD diesen Schritt gehen werde. Generalsekretär Hubertus Heil sagte, man habe »keinen Regierungsauftrag« und wolle »Verantwortung in Opposition wahrnehmen«. So äußerten sich auch der bisherige Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann und Frank Schwabe vom linken SPD-Flügel. Er sagte, »die Staatsräson und die Parteiräson gebietet es dieses Mal, die größte Oppositionspartei zu sein«. Etwas später am Abend bekräftigte auch Schulz: »Es ist völlig klar, dass der Wählerauftrag an uns der der Opposition ist.«

Mit dem Wahlergebnis und der (vorläufigen?) Absage der SPD an eine Neuaufgabe der Großen Koalition reduzieren sich die Optionen für eine Regierungsbildung allerdings auf Jamaika. FDP, die souverän den Wiedereinzug schaffte, und Grüne, die besser abschnitten als von vielen befürchtet, dafür unter einen Hut zu bringen, dürfte für Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer eine nicht ge-

rade vergnügungssteuerverpflichtige Veranstaltung werden. Zumal die Union selbst nicht aus einer starken Position heraus verhandeln kann. Zwar hat sie die Wahl gewonnen, wurde stärkste Kraft. Doch mit deutlichen Verlusten.

Nach Hochrechnungen von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF erreichte die Union 32,9 bis 33,3 Prozent (2013: 41,5). Dramatisch können dabei vor allem die Verluste der CSU genannt werden, die nach einer Prognose des Bayerischen Rundfunks auf 38,5 Prozent gefallen ist (2013: 49,3). Die SPD landete bei 20,2 bis 20,9 Prozent (25,7). Für Union wie SPD bedeuten diese Wahlergebnisse historische Tiefpunkte. Die AfD kam auf 13,2 bis 13,3 Prozent (4,7) und ist damit mit Abstand die drittgrößte Kraft im neuen Bundestag.

Angesichts des Erfolgs machte AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland vor jubelnden Anhängern schon einmal klar, was die anderen Parteien und künftige Regierung von ihr zur erwarten hat. »Wir

»Rechtsruck, Auferstehung des Neoliberalismus, Stagnation bei der Linkspartei.«

Frank Kuschel (LINKE)

werden sie jagen«, so Gauland. Man wolle sich »unser Land und unser Volk zurückholen«, drohte er. Die neue Bundesregierung könne »sich warm anziehen«, man werde sie vor sich »hertreiben«.

Die FDP kommt demnach auf 9,9 bis 10,5 Prozent (4,8), sicherte sich damit den vierten Platz und womöglich einen leichten Vorteil in möglichen Koalitionsverhandlungen mit den dahinterliegenden Grünen, die auf 9,3 bis 9,4 Prozent (8,4) kamen. »Die Menschen haben uns ein Comeback ermöglicht«, erklärte Spitzenkandidat und Parteivorsitzender Christian Lindner vor Parteianhängern in Berlin. »Ab jetzt gibt es wieder eine Fraktion der Freiheit im Deutschen Bundestag.« Aus der neuen Chance für die FDP erwachse auch eine »große Verantwortung«, die die Partei annehmen werde.

Auf dem sechsten und damit letzten Platz sortierte sich die Linkspartei mit 9 Prozent (8,6) ein. Damit verfehlte die Partei ganz klar ihr Ziel, erneut drittstärkste Kraft zu werden, kommt aber auf ihr bisher zweibestes Ergebnis bei Bundestagswahlen.

Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn sagte, die Linkspartei habe alles versucht, Wahlkampf gegen die AfD zu machen. Für Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht hätte sich die Partei im Wahlkampf aber mehr der Flüchtlingsthematik widmen müssen. Man habe »dort auch vielleicht bestimmte Probleme ausgeklammert, in der Sorge, dass man damit Ressentiments schürt«, so Wagenknecht. »Aber am Ende hat man dann der AfD überlassen, bestimmte Dinge anzusprechen, von denen die Menschen einfach erleben, dass sie so sind.« Die Linke sei aber mit dem Ergebnis zufrieden.

Der Thüringer Landtagsabgeordnete Frank Kuschel fasste das Ergebnis in drei Stichpunkten zusammen: »Rechtsruck, Auferstehung des Neoliberalismus, Stagnation bei der Linkspartei.«. Mit Agenturen Seiten 2, 3 und 4

## Konservative siegen in Neuseeland

Berlin. Eine konservative Partei als Wahlsieger, enttäuschte Sozialdemokraten und eine rechtspopulistische Partei, die vor allem gegen Migranten und Flüchtlinge Front macht – die Parlamentswahlen in Neuseeland haben manche Erinnerung an die Bundestagswahl ausgelöst. Premierminister Bill English hat mit seiner seit 2008 regierenden National Party am Samstag zwar die Abstimmung mit 46 Prozent gewonnen, aber es reicht nicht zu einer eigenen Mehrheit. Bislang hatten die Konserva-

tiven mit drei kleinen Parteien regiert, von denen am Samstag allerdings zwei an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Nun wird English auch mit der rechtspopulistischen Neuseeland Zuerst reden, die 7,5 Prozent holte. Enttäuscht zeigte sich die Labour-Partei unter Spitzenkandidatin Jacinda Ardern, die sich Hoffnung auf einen Regierungswechsel gemacht hatten. Ihr Ergebnis: 35,8 Prozent. Die Grünen erzielten 5,8 Prozent. Die rechtsliberale ACT errang ein Direktmandat. dpa/nd Seite 6

## Wahlzettel als Waffe in Katalonien

Regionalregierung trotzt Madrid und hält am Referendumstermin fest

Barcelona. Eine Woche vor dem umstrittenen Referendum über die Loslösung von Spanien haben Separatisten überall in Katalonien Wahlzettel verteilt. Rund eine Million Stimmzettel seien am Sonntag in der Hauptstadt Barcelona und in anderen katalanischen Städten und Gemeinden an Wahlberechtigte ausgehändigt worden, sagte der Präsident des Kulturverbandes »Omnium Cultural«, Jordi Cuixart.

Um die von der Regionalregierung in Barcelona für den 1. Oktober ausgerufenen, vom Verfassungsgericht auf Antrag der Zentralregierung aber verbotenen Abstimmung zu verhindern, hatte die staatliche Polizeieinheit Guardia Civil vor einigen Tagen in Barcelona knapp zehn Millionen Wahlzettel beschlagnahmt.

»Unsere gefährlichsten Waffen sind die Wahlzettel und die Urnen. Sie werden unsere Demokratie nicht bezwingen können«, sagte Cuixart bei einer Rede. Ungeachtet aller Widerstände hält die Regionalregierung am Referendum fest. dpa/nd Seiten 4 und 6

## Irans Raketentest erbost Trump

USA stellen Atomabkommen von 2015 erneut infrage

Teheran. US-Präsident Donald Trump hat nach dem iranischen Test einer Mittelstreckenrakete das Atomabkommen mit der Islamischen Republik erneut infrage gestellt. »Iran hat gerade eine ballistische Rakete getestet, die in der Lage ist, Israel zu erreichen. Sie arbeiten auch mit Nordkorea zusammen. Mit unserem Abkommen ist es nicht weit her!«, twitterte Trump am Wochenende. In der UN-Generaldebatte hatte Trump zuvor Iran als »Schurkenstaat« bezeichnet, der Gewalt exportiere, und mit dem Ende des 2015 geschlossenen Atomabkommens gedroht.

Ungeachtet US-amerikanischer Drohungen hatte Iran nach eigenen Angaben eine Rakete des neuen Typs Choramschahr getestet, die mehrere Sprengköpfe über 2000 Kilometer transportieren kann. Die Nachrichtenagentur Tasnim veröffentlichte am Samstag ein Video des Tests. Teheran betont, das Raketenprogramm diene nur der Verteidigung und die Raketen seien so konstruiert, dass sie keine Atomsprenghöpfe tragen könnten. dpa/nd

## Rentenreform in der Schweiz gescheitert

Mehrheit der Kantone lehnt in Referendum Änderungen ab

Bern. In der Schweiz ist die erste Rentenreform seit 20 Jahren bei einer Volksabstimmung gescheitert. Zur Teilfinanzierung der Rentenkasse AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sagte die Mehrheit der Kantone »Nein«, wie aus den Einzelergebnissen am Sonntag hervorging. Die Rentenreform wäre nur durchgegangen, wenn mindestens die Hälfte der Kantone der Mehrwertsteuererhöhung zugestimmt hätten. Das bedeutete auch das Aus für die anderen Maßnahmen zur Sicherung der Altersbezüge, noch bevor alle Stimmen ausgezählt waren. Es zeichnete sich ein Nein von 53 Prozent ab.

Die Reform sah etwa vor, das Rentenalter für Frauen von 64 auf das Niveau der Männer von 65 Jahren anzuheben. Die Regierung wollte die Mehrwertsteuer zugunsten der AHV von acht auf 8,3 Prozent anheben. Die Lohnbeiträge an die Renten-, Invaliden- und Erwerbsersatzkassen sollten von 10,25 Prozent auf 10,55 Prozent steigen. Diesen Beitrag finanzieren Unternehmen und Beschäftigte je zur Hälfte. dpa/nd

